AUSGABE #14 02/2024 3,00 €

SOLUTION

STRUGGLE FOR CHANGE

Free Palestine!



LENIN

Wladimir Iljitsch Lenin wurde am 22. April 1870 in der Stadt Simbirsk in Russland geboren. Bekannt als Lenin, war er der Gründer der Bolschewistischen Partei..

HANAU

Seit dem rassistischen Anschlag vom 19. Februar 2020 in Hanau sind 4 Jahre vergangen. Das bedeutet 4 Jahre voller Trauer und Wut, Protest und Widerstand.

LGBTI+

Die Aufgabe, die Kämpfe der Armen und Unterdrückten, einschließlich des Kampfes gegen Transphobie und Sexismus, zu vereinen, steht auch heute noch vor den Marxisten-Leninisten.

31

PALÄSTINA

Der 75-jährige Krieg zwischen Palästina und Israel hat mit dem Anschlag vom 7. Oktober einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Massen, die überall auf der Welt auf die Straße gehen, haben gezeigt, dass sie auf der Seite des palästinensischen..

Meral Yakar

Unsterblich geworden am 25 Januar 1973



Liebe Leser*innen,

in der neuesten Ausgabe der Solution möchten wir einen Raum für Diskussion und Reflexion schaffen und haben uns verschiedenen aktuellen Themen gewidmet. Wir freuen uns, euch unsere neue Ausgabe präsentieren zu können.

Die Welt, in der wir leben, ist voller Herausforderungen. Wir sind uns dessen bewusst, dass wir politische Themen aufgreifen und diskutieren müssen. Aus diesem Grund haben wir uns bei der Auswahl der Themen für diese Ausgabe auf einige der wichtigsten Probleme konzentriert, die leider oft nicht genug Aufmerksamkeit in öffentlichen Diskussionen erhalten.

Femizide, die Ermordung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts, haben in den letzten Jahren alarmierend zugenommen. Es ist unsere Aufgabe, diesem Thema Gehör zu schenken und es zu thematisieren. Wir müssen auf diese schreckliche Realität aufmerksam machen, um das Bewusstsein dafür zu schärfen.

Bahnstreiks sind immer wieder ein Mittel des Protests für eine gerechtere Arbeitswelt und fairere Arbeitsbedingungen. Wir möchten die Hintergründe dieser Bewegungen beleuchten und den Fokus auf die Menschen richten, die jeden Tag für ihre Rechte kämpfen.

Die Verfolgung der Kurd*innen, der Antisemitismus und der Konflikt in Palästina sind Themen, die eine blutige und schmerzhafte Geschichte von Jahrzehnten begleiten. Sie zeigen uns die dringende Notwendigkeit, uns mit Vorurteilen auseinanderzusetzen, um eine friedlichere und gerechtere Welt zu schaffen.

Schließlich dürfen wir die Thematik gerechter und ungerechter Kriege nicht vergessen. Millionen von Menschen leiden unter brutalen Kriegen, die nicht gerechtfertigt sind. Diese Ausgabe soll uns dazu anregen, die Folgen solcher Konflikte zu reflektieren.

Das Ziel dieser Zeitschrift ist, neue Erkenntnisse zu liefern, unser Bewusstsein zu erweitern und den intensiven Austausch zu fördern. Denn nur durch gemeinsame Anstrengungen können wir Veränderung herbeiführen.

Für uns als Redaktion der Solution stehen neben der politischen Aufklärung auch die kritische Auseinandersetzung über gesamtgesellschaftliche Themen auf politischer Ebene im Fokus. Aus diesem Grund möchten wir euch die Möglichkeit geben Wünsche, Anregungen oder eben Kritik auszusprechen. Schreibt uns einfach eine E-Mail.

Redaktion-solution@riseup.net

Eure Solution - Redaktion

06 Hanau - 4 Jahre Kampf und Widerstand

08 Bildungsstreik

10 Die Pariser Kommune

11 Gerechte vs. Ungerechte Kriege

INHALTSVERZEICHNIS

SOLUTION

Wo sind die Trans Kämpfer*innen? 13

Femizide - was genau verbirgt sich hinter diesem Begriff? 19

Schreibe einem politischen Gefangenen! 21

Lenin bleibt auch 100 Jahre nach seinem Tod Vorbild für das Weltproletariat! 23



28

Die Kurd*innen - Teil 1
Auch wenn die Herkunft des Volks der Kurd*innen nicht geklärt ist, so gehören die Kurd*innen jedoch sicher zu den ältesten Völkern des Mittleren Ostens. Erste Verweise auf ein protokurdisches Volk findet man bereits bei den Keilschriften der Assyrer*innen.

Hanau - 4 Jahre Kampf und Widerstand

Seit dem rassistischen Anschlag vom 19. Februar 2020 in Hanau sind 4 Jahre vergangen. Das bedeutet 4 Jahre voller Trauer und Wut, Protest und Widerstand.

Seitdem haben wir weder Aufklärung noch Konsequenzen gesehen. Ganz im Gegenteil: die Familien werden weiterhin vom Vater des Mörders terrorisiert und in Kesselstadt bedrohte er immer wieder Schüler*innen.

Ob Polizei und Staat die Vorfälle ernstnehmen und was dagegen tun? Nein, das haben die NSU-Morde bewiesen. Die Polizei ist keine Instanz, auf die wir vertrauen können. Sie ist selbst vom Faschismus durchzogen und täglich üben deutsche Polizist*innen rassistische Gewalt aus.

Das endet auch immer wieder tödlich: wie im August 2022 als die Polizei den 16-Jährigen Mouhamed Lamine Dramé mit vier Schüssen aus einer Maschinenpistole ermordete - und Mouhamed ist nur ein Mensch unter vielen.

Aber auch die deutsche Öffentlichkeit hat nichts gelernt. Vor Hanau wurde so lange gegen Shisha-Bars gehetzt, bis ein Rassist sie als Ziel für seinen Anschlag auswählte. Heute erleben wir die rassistische Hetze nach Silvester, gegen Geflüchtete und fragen uns, wann diesen Worten wieder Taten folgen werden.

Wir warten nicht auf den nächsten Anschlag, sondern stellen uns gemeinsam gegen den strukturellen und institutionellen Rassismus!

Denn 4 Jahre Hanau bedeuten 4 Jahre Kampf für die Ermordeten und Angehörigen des Anschlages. Sie bedeuten Kampf für alle Opfer von faschistischer und polizeilicher Gewalt.

Wir wissen: von der Politik und den Behörden, die auf dem rechten Auge blind sind, kriegen wir keine Antworten und keine Unterstützung. Wir müssen uns selbst organisieren!

Wir müssen erkennen, dass es in diesem kapitalistischen System keine Gerechtigkeit geben wird. Denn es ist ein System, das auf Rassismus gebaut ist. Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus. Um Rassismus also konsequent bekämpfen und überwinden zu können, müssen wir dieses System umwerfen, das ihm den Nährboden bietet; dessen Strukturen, die ihn produzieren und reproduzieren. Darum gilt es noch immer für uns, dieses System ins Wanken zu bringen – 4 Jahre nach dem Anschlag, jeden Tag.

Unser Kampf geht weiter!

TOT SIND WIR ERST, WENN MAN UNS VERGISST
VILI VIOREL
MERCEDES
HAMZA
SAID NESAR
FERHAT

Bildungsstreik

Bildungsungleichheit, Ressourcenmangel, Fokus auf standardisierte Tests und Lehrermangel sind einige der Kernprobleme im Bildungsbereich. Als Antwort auf die Probleme werden Bildungsstreiks organisiert.

Streiks haben Ziele, wie die Verbesserung von Arbeitsbedingungen, Stärkung von Gewerkschaftsrechten, soziale Gerechtigkeit, bessere Arbeitsverträge und die Förderung von Solidarität unter Arbeiter*innen. Bildungsstreiks sind Symptome und Interventionen in einem Bildungssystem, das durch strukturelle Ungleichheit und mangelnde demokratische Teilhabe gekennzeichnet ist. Bildungsstreiks werden als demokratisches Ventil wahrgenommen, das auf die Dringlichkeit von Reformen im Bildungssystem hinweist. Die Forderungen nach Mitteln sind dabei nicht nur eine pragmatische Notwendigkeit, sondern eine zentrale Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Erfolge von Bildungsstreiks werden demnach nicht nur an finanziellen Zugeständnissen gemessen, sondern auch an Veränderungen in der ideologischen Ausrichtung des Bildungswesens, weg von einer profitorientierten Sichtweise hin zu einer, die den Menschen und demokratische Werte in den Mittelpunkt stellt.

Die Forderung nach demokratischer Mitbestimmung in Bildungseinrichtungen geht über die finanzielle Ebene hinaus und adressiert die strukturelle Ungleichheit in der Entscheidungsfindung. Eine breite Beteiligung von Studierenden, Lehrenden und anderen Beteiligten wird als notwendig angesehen, um eine authentische demokratische Bildung zu gewährleisten. Es geht darum, Bildung als Gemeinschaftsprojekt zu begreifen, bei dem die Perspektiven aller Beteiligten in die Gestaltung von Lehrplänen, Strukturen und Entscheidungen einfließen.

Trotz der erreichten Fortschritte durch Bildungsstreiks bleibt die fortschrittliche Perspektive sich bewusst, dass der Weg zu einer inklusiven Bildungspolitik komplexer ist. Strukturelle Probleme, wie soziale Ungleichheit und mangelnde Ressourcen, erfordern einen langfristigen und nachhaltigen Ansatz. Hierbei spielen die systematischen Probleme eine große Rolle, die auch das Bildungssystem beeinflussen und seine grundlegenden Prinzipien herausfordern.

1. Bildungsungleichheit: In kapitalistischen Gesellschaften bleibt der Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung ungleich verteilt. Ressourcenreiche Gemeinden haben in der Regel bessere Schulen, qualifizierte Lehrkräfte und breitere Bildungsmöglichkeiten. Dies führt zu einer perpetuierenden Ungleichheit und erschwert Kindern aus einkommensschwachen Familien den Zugang zu den gleichen Bildungschancen.

2. Kommerzialisierung der Bildung: Der Kapitalismus tendiert dazu, Bildung als Ware zu betrachten, anstatt als grundlegendes Menschenrecht. Private

Schulen und Hochschulen können Bildung zu einem Geschäft machen, was dazu führt, dass Bildungseinrichtungen nach Profit streben und die Qualität der Ausbildung von der Zahlungsfähigkeit der Lernenden abhängt. Dies verstärkt soziale Ungleichheiten und untergräbt das Konzept einer inklusiven Bildung.

3. Fokus auf standardisierte Tests: Im kapitalistischen Bildungssystem wird oft ein übermäßiger Wert auf standardisierte Tests und Leistungsindikatoren gelegt. Dies führt dazu, dass der Lernprozess auf reine Prüfungsvorbereitung ausgerichtet wird, wodurch Kreativität, kritisches Denken und praktische Fähigkeiten vernachlässigt werden. Bildung wird somit oft auf die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt reduziert, anstatt auf ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung.

4. Betonte Wettbewerbsorientierung: Kapitalistische Gesellschaften betonen den Wettbewerb in allen Lebensbereichen, einschließlich der Bildung. Dies kann zu einem extremen Druck auf Studierende, Lehrkräfte und Bildungseinrichtungen führen. Der Wettbewerbsdruck kann die Qualität der Bildung beeinträchtigen und Stress sowie Burnout fördern, anstatt eine förderliche Lernumgebung zu schaffen.

5. Instrumentalisierung der Bildung für wirtschaftliche Ziele: Kapitalistische Systeme neigen dazu, Bildung vorrangig als Mittel zur Sicherung von Arbeitskräften für die Wirtschaft zu sehen. Dies kann dazu führen, dass Bildungsinhalte- und ziele eher von ökonomischen Interessen als von pädagogischen Prinzipien bestimmt werden.

Zusammengefasst ist das hauptsächliche Problem wie in jedem anderen Bereich der Kapitalismus - natürlich kann man durch solidarisches und kollektives Arbeiten auf organisierten Streiks auf bürgerlicher Ebene einiges verändern, **jedoch müssen wir als Jugend die Probleme an den Wurzeln beseitigen!**



Aktion des Bündnisses für Gerechte Bildung

Die Pariser Kommune

Die Pariser Kommune war ein bedeutendes soziales und politisches Ereignis, das vom 18. März bis zum 28. Mai 1871 in Paris stattfand. Dieser Aufstand entstand in einer turbulenten Zeit in Frankreich, insbesondere aufgrund zunehmender wirtschaftlicher Schwierigkeiten und sozialer Unruhen in der Mitte des 19. Jahrhunderts.

Zu dieser Zeit sah sich Frankreich unter der Herrschaft von Napoleon III. trotz außenpolitischer Erfolge mit inneren Schwierigkeiten konfrontiert. Nach dem deutsch-französischen Krieg im Jahr 1870 wurde die französische Armee besiegt, Paris belagert und Napoleon III. gefangen genommen. Diese Situation hinterließ eine Lücke in Paris, nachdem ein Waffenstillstand mit Preußen geschlossen wurde.

Die Arbeiter*innenklasse in Paris begann in dieser Zeit, insbesondere in den Stadtteilen Montmartre und Belleville, den Wunsch zu entwickeln, die Kontrolle über eine von Preußen besetzte Stadt zu übernehmen. Am 18. März 1871 erklärten die Mitglieder des Pariser Stadtrats und die nationalen Garden die Pariser Kommune, indem sie sich von der von Preußen unterstützten französischen Regierung loslösten.

Die Kommune verfolgte eine Vision einer demokratischen Gesellschaft und setzte sich für die Rechte der Arbeiter*innenklasse und der Armen ein. Fabriken wurden in Besitz genommen, es wurden politische Richtlinien für gleiche Löhne angenommen und es wurde versucht, ein demokratisches Selbstverwaltungsmodell in der Stadt zu etablieren. Diese radikalen Veränderungen und die Unabhängigkeit der Kommune wurden jedoch von der französischen Regierung als Bedrohung wahrgenommen.

Im Mai 1871 griff die Regierung die Pariser Kommune mit militärischer Gewalt an. Die Kämpfe verschärften sich, was schließlich zur Niederlage der Kommune führte. Am 28. Mai ergaben sich die Aufständischen in Paris. Während dieses Prozesses kamen Tausende von Menschen ums Leben und viele führende Köpfe der Pariser Kommune wurden hingerichtet.

Die Pariser Kommune gilt als wichtiges Ereignis in der Geschichte des Sozialismus, des Kampfes der Arbeiter*innenklasse und der Revolution. Der Aufstand diente sowohl in Frankreich als auch weltweit als Inspiration für sozialistische und kommunistische Bewegungen.



Zeichnung Vive la commune!

Gerechte vs. ungerechte Kriege

Wir haben uns dazu entschieden, einen kleinen Artikel über gerechte und ungerechte Kriege zu schreiben, da es gerade in Bezug auf den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes oft zu falschen Auswertungen kommt und dieser delegitimiert werden soll: Was man bei der ganzen Antipropaganda der herrschenden Klassen auch verstehen kann. Also beginnen wir mit einer kleinen Analyse von gerechten und ungerechten Kriegen aus marxistischer Perspektive. Sie beinhaltet eine tiefgreifende Untersuchung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Triebkräfte, die Kriege verursachen und beeinflussen. Krieg ist im Grunde ein Produkt von Klassengegensätzen und kapitalistischen Expansionstendenzen. Unsere Geschichte ist von Klassenkämpfen geprägt. Diese Auseinandersetzungen entstehen aus dem Gegensatz zwischen der herrschenden Klasse - der Bourgeoisie - und der Arbeiter*innenklasse - dem Proletariat.

Gerechte Kriege sind Kriege, die gegen Unterdrückung und für die Emanzipation der Arbeiter*innenklasse oder gegen imperialistische Ausbeutung geführt werden. Beispiele hierfür sind Revolutionen oder Befreiungskämpfe, die darauf abzielen, eine gerechtere Gesellschaftsordnung zu schaffen. Einige Beispiele sind zum Beispiel der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes, das seit 75 Jahren permanenter Unterdrückung, Repression, Folter und dem Tod ausgesetzt ist, so wie die Kämpfe der kurdischen Freiheitsbewegung und kommunistischen Organisationen gegen den faschistischen türkischen Staat und seine weiteren Akteure.

Ungerechte Kriege sind Kriege, die aus kapitalistischen Expansionstendenzen, imperialistischen Bestrebungen zur Aufrechterhaltung der herrschenden Klassenstrukturen geführt werden. Solche Kriege dienen nicht den Interessen der Arbeiter*innenklasse, sondern denjenigen der kapitalistischen Elite.

Wirtschaftliche Aspekte

Kriege werden mit unter zur Generierung von Profit für die Kapitalisten genutzt, besonders in der Rüstungsindustrie. Dieses Beispiel verdeutlicht uns die BRD und ihre Rüstungsindustrie. So hat Rheinmetall im Jahr 2023 7,6 Milliarden Euro Blutgeld in ihre Taschen gesteckt. Kriege werden mitunter als Mittel zur weiteren Kapitalakkumulation gesehen, indem neue Märkte und Ressourcen erobert werden.

Soziale und Politische Auswirkung

Kriege verstärken oft soziale Ungerechtigkeiten, da sie in der Regel die Arbeiter*innenklasse und vor allem Frauen und LGBTI+ Personen am stärksten treffen. (Vergewaltigung, Frauenhandel uvm.)

Kriege dienen dazu, politische Machtverhältnisse zum Nachteil der Arbeiter*innenklasse zu festigen oder zu verändern.



Angriffe des zionistischen Staates Israel in der Stadt Khan Younis 29.01.24 (Bild von: Eye on Palestine)

Fazit

Kriege sind oft ein Spiegelbild der zugrunde liegenden kapitalistischen und klassenbasierten Konflikte. Gerechte Kriege sind diejenigen, die sich gegen diese Ungerechtigkeiten richten und für eine Gesellschaftsordnung kämpfen, die lebenswert ist, während ungerechte Kriege als Verlängerung und Verschärfung kapitalistischer und imperialistischer Interessen existieren. Also müssen wir klar betonen, dass wir jeden Befreiungskampf eines unterdrückten Volkes gegen imperialistische Aggresion unterstützen!

Free Palestine!

Biji berxwedana Rojava!



Proteste in Rojava gegen die Angriffe des faschistischen türkischen Staates 15.01.24 (Bild von ANF)

Wo sind die Trans Kämpfer*innen?

„Wir haben eine Widerstandsgeschichte, auf die wir als Trans-Personen stolz sein sollten. Trans-Kämpfer*innen haben in der Vergangenheit Sklavenbesitzern, feudalen Herrschern und kapitalistischen Chefs die Stirn geboten. Heute beteiligen wir uns als Trans-Kämpfer*innen am Kampf für eine gerechte Gesellschaft. Indem wir die Forderungen unserer Trans-Bewegung, die Teil des Kampfes für einen umfassenden Wandel ist, lautstark erheben, bilden wir Menschen über die Unterdrückung, die wir erfahren, unsere Errungenschaften und die Gesellschaft, die wir erschaffen wollen, auf. Solange wir kein Wirtschaftssystem aufbauen, das die Bedürfnisse der Arbeiter*innen und Werktätigen erfüllt, können wir nicht frei sein. Als Trans-Personen werden wir nicht frei sein können, bis wir nicht für eine Gesellschaft gekämpft und gewonnen haben, in der keine Klasse von Hass und Vorurteilen genährt wird, in der es keine Gesetze gibt, die Geschlechter, Geschlechtsidentitäten und Liebe verbieten. Transsexuelle Kämpfer*innen kommen unter der Führung unseres Kampfes, der uns den Weg zur Freiheit weist." Leslie Feinberg (Transgender Warriors: Von Jeanne d'Arc bis Denis Roman)

Dies sind die letzten Sätze des ersten und einzigen Werks, das die Geschichte des transsexuellen Kampfes und der Freiheit aus marxistischer Sicht behandelt. Transsexuelle (oder Trans-Personen) sind Menschen, deren Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck oder Verhalten nicht mit dem Geschlecht übereinstimmt, das ihnen bei der Geburt zugeschrieben wurde.

Trans-Personen sind eine der am stärksten marginalisierten und stigmatisierten Gruppen innerhalb der Arbeiter*innenklasse. Ein großer Teil ist obdachlos und arbeitslos und wird im Gesundheitssystem und in Gefängnissen Diskriminierung ausgesetzt. Aufgrund der feindseligen Haltung vieler Ärzt*innen versuchen viele Trans-Personen, sich selbst zu behandeln oder müssen private Praxen aufsuchen. Um dies überhaupt tun zu können, müssen sich viele Trans-Personen entweder prostituieren oder ihre Identität verbergen, um ihre Arbeit zu behalten.

Lesbische, schwule, bisexuelle, Trans und intersexuelle Politik findet im Mainstream der Linken und in der Gewerkschaftsbewegung im Allgemeinen Anerkennung. Jedoch ist diese Anerkennung bestenfalls eine Art höfliches Ignorieren. Es ist bereits bekannt, dass die Sparpolitiken in Europa schwarze Personen, indigene Völker, Frauen und Menschen mit Behinderungen überproportional treffen. Wenn wir jedoch beabsichtigen, diese Politiken mit der dialektisch-materialistischen Methode zu analysieren, ist es von grundlegender Bedeutung, LGBTI+, insbesondere Trans-Personen, in die Analyse einzubeziehen. In den USA beobachten wir, wie sich die Situation der Trans-Personen, insbesondere der

schwarzen Transfrauen, zunehmend verschlechtert. Was bedeutet das? Noch wichtiger, wo sind die von Feinberg erwähnten Trans-Kämpfer*innen?

Obwohl sie verschiedene Formen annimmt, haben wir eine weltweit verbreitete Widerstandsgeschichte. Einer der wichtigsten Faktoren, die uns unter den gegenwärtigen Bedingungen zum Handeln bewegen, wird sein, auf unsere Kampfgeschichte zurückzublicken, von ihr zu lernen und sich von ihren Erfolgen inspirieren zu lassen. Zum Beispiel ist Sylvia Rivera zwar als herausragende Trans-Aktivistin bekannt, aber ein anderer Aspekt ihrer Geschichte ist viel weniger bekannt. Riveras erster Aktivismus richtete sich gegen den Vietnamkrieg, und nach den Stonewall-Aufständen schloss sie sich dem Kampf der puerto-ricanischen marxistisch-leninistischen Jugend in der Young Lords Party an. Sie und ihre Weggefährtin Marsha P. Johnson gründeten die Organisation STAR (Street Transvestite Action Revolutionaries) und zeigten ihre Flagge in einer Aktion an der Seite der Young Lords (Gilligan und Feinberg).

Im globalen Norden war der Höhepunkt des antiimperialistischen Denkens neben dem Aufstieg der LGBTI+-Freiheitsbewegung die Solidarität und Unterstützung, die Marxist*innen-Leninist*innen den Trans-Personen entgegenbrachten – die heutigen sogenannten Sozialist*innen und Kommunist*innen wären wohl entsetzt gewesen, hätten sie diese Tage erlebt! Natürlich gab es auch damals Trans-Personen, die davon entsetzt waren. Aktivist*innen kämpften in dieser Zeit auch gegen die US-zentrierte Mentalität innerhalb der LGBTI+. Diese Ausnahmen ändern jedoch eine Tatsache nicht: Die Befreiung der Trans-Personen begann mit dem Antiimperialismus, und um eine sichere Gesellschaft zu erreichen, in der wir leben können, muss sowohl innerhalb als auch außerhalb der imperialistische Krieg beendet werden. Ohne Sozialismus kann es keine Befreiung der Trans-Personen geben, und ohne die Befreiung der Trans-Personen kann es keinen Sozialismus geben.

In der heutigen Zeit sehen wir, dass die Kommunistische Partei der Philippinen ihre Unterstützung für Trans-Personen erklärt hat und in der Neuen Volksarmee jedem erlaubt, sein/ihr eigenes Geschlecht zu bestimmen (Outrage). Die TKP-ML (Kommunistische Partei der Türkei – Marxistisch Leninistisch) vertritt in ihrem Parteiprogramm die Rechte und den Befreiungskampf von LGBTI+ Personen. Im sozialistischen Kuba sind Geschlechtsumwandlungsoperationen für alle Kubaner*innen kostenlos, da sie unter das verfassungsmäßig garantierte Recht auf universelle Gesundheitsversorgung fallen. 2012 wurde Adela Hernández in den Gemeinderat von Caibarién in der Provinz Villa Clara gewählt und war somit die erste gewählte Trans-Person in einer Regierungsposition in Kuba. Während in Kuba zur Errungenschaf für diese wichtigen sozialen Rechte gekämpft wurden, ist nun die Frage, wie die Sit-

uation in kapitalistischen Ländern aussieht.

Während kapitalistisch-imperialistische Länder wie Deutschland den Anschein geben, als gebe es Rechte für Trans-Personen, wissen wir, dass dies nicht der Realität entspricht. Denn immer noch müssen Trans-Personen ewig lange und retraumatisierende Prozesse durchlaufen, um eine Geschlechterumwandung zu bekommen. Namensänderungen sind so gut wie unmöglich und die Benachteiligung im Arbeitsmarkt existiert weiterhin. Trans-Personen haben auch in Deutschland große Schwierigkeiten eine Arbeit zu finden oder in ihrem Job gerecht behandelt zu werden. Die Situation in halb-feudalen und halb-kolonialen Ländern sieht nicht anders aus.

In der Türkei müssen Trans-Personen nicht nur die Kosten für ihre Geschlechtsumwandlungsoperationen selbst tragen, sondern haben es auch sehr schwer, nach der Operation Arbeit zu finden oder ihren Geschlechtswechsel amtlich zu machen. Von der geringen Unterstützung durch Familien und Gemeinschaften und der Häufigkeit von Gewalt und Massakern gegen Trans-Personen, insbesondere gegen Trans-Frauen, ist ganz zu schweigen. In Venezuela war die Situation ähnlich wie in der Türkei, bis zum Zeitpunkt, als die Bemühungen schwarzer Frauen aus der Arbeiter*innenklasse wie Rummie Quintero, die für die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung kandidierte, und die Bolivarische Revolution einen langsamen, aber entscheidenden Fortschritt für Trans-Menschen brachten, sich stärkten. 2012 wurde Rummie von der Präsidentin des Nationalen Wahlrats (CNE), Tibisay Lucena, eingeladen, um an den Verfahrensweisen zur Regelung der Geschlechtsidentität teilzunehmen. Quintero hatte die Gelegenheit, dem CNE einen Pilotplan für die direkte Beschäftigung von Trans-Personen, Homosexuellen und Lesben vorzulegen. Dank dieses Plans hatte Angela, eine junge Trans-Person aus den Arbeiter*innenvierteln von Caracas, die Chance, ihre erste gesicherte Stelle zu bekommen, bei der ihre Geschlechtsidentität und -erklärung respektiert wurde (Castrillo und Quintero).

Während die sozialistischen Regierungen lateinamerikanischer Länder Frauen und Trans-Personen, die Opfer von Geschlechterdruck sind, bedingungslos soziale Rechte und wirtschaftliche Unterstützung gewähren, werden in der Türkei Transfrauen gezwungen, aus eigener Tasche für Operationen zu bezahlen und anschließend zur Prostitution gedrängt! In der Türkei schließt die parlamentarische Politik Frauen fast vollständig aus und marginalisiert auch Trans-Personen. Die Verteidigung unterdrückter Geschlechter ist zur Aufgabe der Arbeiter*innenklasse und der illegalen Organisationen geworden, die gegen diese faschistische Ordnung für die Freiheit des kurdischen Volkes kämpfen. Ivana Hoffman, die in den Reihen der illegalen kommunistischen Partei in Rojava gegen den IS gefallen ist, ist ein internationales Beispiel

für die revolutionäre Entwicklung des LGBTI+-Kampfes. In Rojava hat die Queer Wiederauferstehungs- und Befreiungsarmee (TQILA) den Kampf für LGBTI+-Freiheiten ganz konkret mit dem kurdischen nationalen Befreiungskampf gegen den IS zusammengebracht.

Der Kampf für LGBTI+-Freiheiten ist in imperialistischen Ländern auf die eine oder andere Weise immer mit einer kommunistischen Basis verbunden gewesen. Allerdings wurden Trans-Personen immer außerhalb dieser Diskussion gehalten. Innerhalb der sozialistischen und kommunistischen Bewegung gibt es eine Linie, die sich weigert, die Feindseligkeit gegenüber den Elementen der Arbeiter*innenklasse aufzugeben, die nicht mit der historischen Männlichkeit und dem heterosexuellen männlichen Industriearbeiter als dem „Broterwerber" der Kernfamilie übereinstimmen. Die Darstellung von Arbeiter*innenfamilien in dieser Weise ist nicht nur historisch ungenau und anti-marxistisch, sondern hat auch eine tiefgreifende negative Auswirkung auf LGBTI+, insbesondere auf Trans-Personen, die fast ausschließlich zur Arbeiter*innenklasse gehören. Selbst wenn Sozialist*innen und Kommunist*innen gegen den in allen ihren Reihen verbreiteten weißen, männlichen Chauvinismus kämpfen, ist es unvermeidlich, dass Trans-Personen weiterhin Schaden nehmen. Viele von uns sind gezwungen, sich mindestens für den Zugang zu Gesundheitsdiensten und rechtlicher Anerkennung transfreundlichen bürgerlichen fem-

den biologischen Essentialismus, der die Wurzeln des Patriarchats bildet, und dieser Essentialismus wird verwendet, um die Existenz von Trans-Personen zu leugnen. Diese fehlerhaften „Analysen" haben keinen Platz in irgendeiner revolutionären Bewegung. Diese Überreste des bürgerlichen Idealismus gnadenlos zu beseitigen, ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Transphobie ist mit keiner Art von marxistischer Analyse vereinbar und dient nur dazu, das Potenzial antiimperialistischer und Arbeiter*innenklassenbasierter Kämpfe zu zerstören.

Zusammenfassend ist Transphobie nichts anderes als das Ergebnis der patriarchalischen Bedingungen, die von Kolonialisten und Imperialisten den Arbeiter*innen aufgezwungen wurden. Feinberg war sich dessen bewusst, und Gosset zitiert sie, um diese Wahrheit erneut hervorzuheben:

Leslie zeigte, wie imperialistische Unternehmungen und kolonialistische Denkweisen Queerness und Trans-Identitäten als eine Art Waffe benutzen. Auf der ASWAT-Konferenz 2007 sagte Leslie: „Heute sehen wir, wie Imperialisten von den USA bis Israel die Erfahrungen von Frauen, Schwulen und Transsexuellen als Vorwand für imperialistische Kriege nutzen. Die Ideologie der weißen Überlegenheit, die den kolonialistischen Anspruch der ‚Zivilisierung' darstellte, wird durch die imperialistische Behauptung der ‚Demokratisierung' ersetzt."

Leslie zeigte auch, dass die Kriminalisierung von Geschlechtsidentität und

Sexualität nicht von der Geschichte des Kolonialismus getrennt werden kann: „Das britische Mandat Palästina brachte Gesetze gegen Homosexualität ein. Die israelische Besatzung setzt dieses Erbe fort." Entgegen der Annahme der kolonialen weißen Siedler-Sexualität und ihrer rassistischen und imperialistischen Logik, kann, wie Leslie betont, „Sexualität, Geschlechtsausdruck und Körper nicht ohne einen Zahn-um-Zahn-Kampf gegen imperialistische Kriege und Rassismus befreit werden."

...Leslies Kritik am kolonialen Siedlerwesen gewinnt somit mehr Bedeutung. Leslie liest den palästinensischen Kampf nicht als isoliert, sondern als Teil der weiteren Geschichte des kolonialen Widerstands, der heute noch weltweit andauert: „Die palästinensische Befreiungsbewegung ist eine anti-koloniale Bewegung." In „Transgender Warriors" zeigt Leslie die Kontinuität des kolonialen Siedlerwesens in Zeit und Raum auf und vergleicht historisch die Besetzung Palästinas mit der genozidalen Projektion der USA, der Besetzung der Länder der Ureinwohner (Gosset).

Die Zeiten ändern sich. Genau wie die alte trotzkistische Linke aus der Geschichte verschwunden ist, nähert sich auch das Ende der bürgerlichen transreformistischen Bewegung schnell, und die Befreiung der Arbeiter*innenklasse, insbesondere der trans Arbeiter*innenklasse, wird zu einer Notwendigkeit. Marxisten-Leninisten müssen sich heute mehr denn je gegen jede Art von Hass und Diskriminierung gegenüber unterdrückten Geschlechtern, insbesondere gegenüber Trans-Personen, vereinen. An einer Theorie zu arbeiten, die den Marxismus in diesem Bereich weiterentwickelt, ist entscheidend für den Aufbau eines Sozialismus und Kommunismus, der die gesamte trans Arbeiter*innenklasse befreit. Ohne gegen das imperialistische System selbst zu kämpfen, wird der alleinige Kampf für die Freiheit von Trans-Personen und allen unterdrückten Geschlechtern uns nicht zum Erfolg führen.

„Kurz gesagt, Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehende gesellschaftliche und politische Ordnung" *(Marx und Engels, 1848)*.

Kommunist*innen haben stets versucht, alle Kämpfe gegen die bestehende gesellschaftliche Ordnung und ihre Symptome zusammenzubringen. Die Aufgabe, die Kämpfe der Armen und Unterdrückten, einschließlich des Kampfes gegen Transphobie und Sexismus, zu vereinen, steht auch heute noch vor den Marxisten-Leninisten. In diesem Weg sollte der Kampf gegen Gewalt an Transfrauen ein wichtiger Treffpunkt sein.

Faschismus ist das Kind des Imperialismus, der höchsten Stufe des Kapitalismus. Der antifaschistische Kampf erfordert die aktive Beteiligung aller unterdrückten Völker und Identitäten, insbesondere von Frauen und Transfrauen, an der Freiheitsbewegung. „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker – vereinigt euch!" ist das Gebot des 21. Jahrhunderts.


BERXWÊDANA LGTBİ
SINORAN RADIKE

Femizide - was genau verbirgt sich hinter diesem Begriff?

Der Begriff Femizid ist uns allen bekannt und wir hören oft, dass Frauen verschiedenen Formen von Gewalt ausgesetzt sind. Aber was genau verbirgt sich hinter diesem Begriff? Femizid bezeichnet die gezielte Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Es handelt sich um die extremste Form der Gewalt gegen Frauen, die auf dem tief verwurzelten Machtsystem und der strukturellen Diskriminierung von Frauen in unserer Gesellschaft beruht. Frauen und Mädchen weltweit sind Opfer systematischer Morde. Dies ist ein deutlicher Ausdruck der tief verwurzelten Ungleichheit und Diskriminierung, mit der Frauen in vielen Gesellschaften konfrontiert sind. Diese Morde werden oft als Einzelfälle abgetan, aber das sind sie nicht. Es handelt sich um Verbrechen und es ist das Ergebnis einer strukturellen und kulturellen Unterdrückung von Frauen. Es hat eine bedeutende politische Dimension. Die Tatsache ist, dass es eine Geschlechterungleichheit gibt und unsere Gesellschaft immer noch von normativen Vorstellungen über Frauen und ihre Rollen geprägt ist. Femizide sind eindeutige Ausdrücke geschlechtsspezifischer Gewalt und Frauenhass. Obwohl nicht alle von Gewalt betroffenen Frauen getötet werden, stellen Femizide das äußerste und tödlichste Ende einer fortdauernden Gewalt gegen Frauen dar. Die Täter sind oft Partner, Ex-Partner oder Familienmitglieder der Opfer, und die Verbrechen finden häufig im privaten Umfeld statt. Die Motive für Femizide sind vielfältig. Oft werden Frauen aus Eifersucht, Kontrollbedürfnissen oder misogynen Einstellungen getötet.

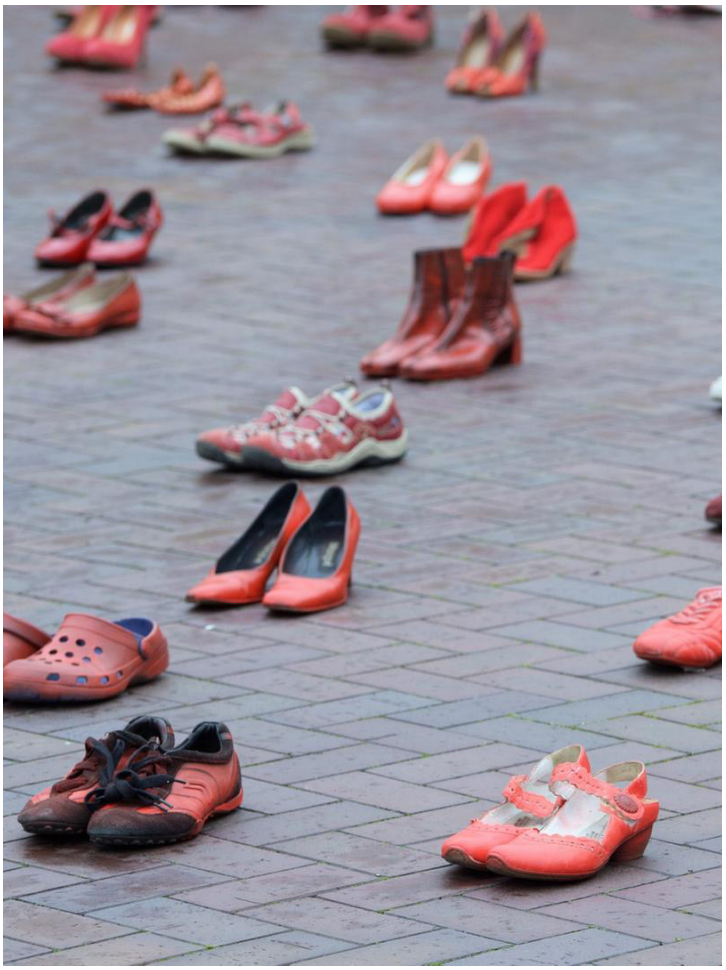
Eine Studie des Bundeskriminalamts in Deutschland hat gezeigt, dass im Jahr 2019 mindestens 122 Frauen von ihrem Partner, Ex-Partner oder Familienmitglied ermordet wurden. Dies entspricht etwa einem Drittel aller Tötungsdelikte in Deutschland. Darüber hinaus werden laut der europäischen Umfrage zur Gewalt gegen Frauen von 2014 in Deutschland täglich 220 Frauen Opfer physischer oder sexueller Gewalt. Diese Zahlen verdeutlichen das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen, die oft zu Femiziden führt. In ganz Europa werden durchschnittlich 13 Frauen pro Tag ermordet, wobei die Zahlen von Land zu Land variieren. Laut Daten des Europarats wurden zwischen 2009 und 2018 in Europa mindestens 3.524 Frauen getötet. Laut einem Bericht von Spiegel Panorama ist die Zahl der weltweit ermordeten Frauen und Mädchen im Jahr 2022 auf den höchsten Stand seit 20 Jahren gestiegen. Laut den Uno-Organisationen UN Women und UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime) wurden ca. 89.000 Frauen und Mädchen im Jahr 2022 getötet. Allein in den 14 EU-Staaten, für die Daten vorliegen, waren es im Jahr 2018 über 600 Frauen, meistens durch ihre Expartner, Partner oder Familienmitglieder. Malta, Finnland und Schweden hatten die höchsten Raten von Femiziden durch Partner, während Lettland, Malta und Österreich die höchsten Raten von Femiziden durch



Retour

YDG

Familienmitglieder oder Verwandte aufwiesen. Im Jahr 2020 wurden in den 17 EU-Staaten, für die Daten vorliegen, 788 Frauen von einem Expartner, Partner oder Familienmitglied getötet. In Deutschland wurden im Jahr 2022 105 Frauen durch ihre Expartner, Partner oder Familienangehörige getötet, 113 im Jahr 2021 und 139 im Jahr 2020. In Österreich waren im Jahr 2018 41 Frauen Opfer eines Mordes, meistens durch ihren Expartner oder Partner. Weltweit waren im Jahr 2021 nur 19 Prozent aller Mordopfer Frauen, und 56 Prozent aller getöteten Frauen wurden von ihrem Expartner, Partner oder Familienmitglied getötet. In Asien wurden 17.800 Frauen getötet, in Afrika 17.200 Frauen und in den Amerikas 7.500 Frauen. Diese Zahlen verdeutlichen, dass Frauen selbst in so genannten „demokratischen Ländern" schutzlos sind und alleingelassen werden und es zu wenige Anlaufstellen für Hilfe gibt. Es darf nicht sein, dass Menschenrechte dergestalt missachtet werden. Daher ist es umso wichtiger, die Umstände, die zu dieser Gewalt führen, zu bekämpfen und sich gemeinsam gegen Gewalt und Politik einzusetzen, die dies zulassen.



Aktion gegen Femizide



Aktion gegen Femizide "Stop Femicide!"

Schreibe einem politischen Gefangenen!

Sie haben sich dem Kampf für eine bessere Gesellschaft verschrieben und eine bessere Welt gegen Faschismus, Rassismus, Ausbeutung und Unterdrückung! Einer davon ist der Partizan inhaftierte Kadir Karabak. Ihm wird vorgeworfen, Mitglied in der TKP-ML zu sein. Seit dem 15. November 2022 wird dem Genossen schon das 4. mal seine Entlassung, aus absurden Gründen, wie dass er nicht auf seine Kleidung achten würde oder er keine Reue zeigen würde, verschoben. Aus diesen Gründen ist der Genosse schon seit mehr als 100 Tagen im unbefristeten Hungerstreik.

Der gerechte Kampf von politischen Gefangenen wird versucht zu delegitimieren, weshalb sie seit Jahren unter den demütigenden Bedingungen in den Gefängnissen des faschistischen türkischen Staates sitzen. Es ist uns nicht neu, dass gerade politische Gefangene in der faschistischen Türkei Folter, Demütigung und Repressionen ausgesetzt sind. Daher veröffentlichen wir seit jeher die Adressen der Genoss*innen, damit wir ihnen zeigen können, dass ihre Entscheidung, sich ihrem politischen Kampf zu verschreiben, die richtige war und sie nicht allein sind!

Also schreibt einem politischen Gefangenen und lasst sie wissen, dass in allen Abschnitten unseres Lebens ihr Kampf unser Kampf ist!



Kadir KARABAK
2 Nolu F Tipi Hapishane
Tekirdağ



FREEDOM FOR

HİYEM YOLCU ERSOY

Hiyem YOLCU ERSOY
Kadın Kapalı Hapishane
B 6 Bakırköy / istanbul



FREEDOM FOR

AHMAD SA'ADAT

General Secretary of the Popular Front for the Liberation of Palestine.
He is now serving a 30-year sentence in Israeli prison.

Ahmad Sa'adat
Ramon prison, PO Box 699
80600 Mitzpeh Ramon
Israel



FREEDOM FOR

RESMİYE VATANSEVER

Resmiye VATANSEVER
Kandıra 1 Nolu hapishane
Kocaeli



FREEDOM FOR

BAYSAL DEMIRHAN

Baysal DEMIRHAN
F Tipi Hapishane
C 100
Edirne



FREEDOM FOR

VELİ ÖZDEMİR

Veli ÖZDEMIR
1 Nolu F Tipi Hapishane
C Tek 58
Tekirdağ



FREEDOM FOR

HAYDAR SÖNMEZ

Haydar SÖNMEZ
2 Nolu F Tipi Hapishane
A 7
Kocaeli

Lenin bleibt auch 100 Jahre nach seinem Tod Vorbild für das Weltproletariat!

Wladimir Iljitsch Lenin wurde am 22. April 1870 in der Stadt Simbirsk in Russland geboren. Bekannt als Lenin, war er der Gründer der Bolschewistischen Partei, zugleich der kommunistische Anführer der Oktoberrevolution 1917 und Lehrmeister des 20. Jahrhunderts; als ideologischer und politischer Aktionsleitfaden zeigte er den Weg für das Weltproletariat und unterdrückte Völker. Lenin verewigte sich am 21. Januar 1924, indem er körperlich von uns ging.

Unter Lenins Führung folgte die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) einem korrekten Weg und führte das millionenstarke russische Volk mit der marxistisch-leninistischen Ideologie zu drei Revolutionen. Diese waren die bürgerlich-demokratische Revolution von 1905-1907, die demokratische Februarrevolution von 1917 und die große sozialistische Oktoberrevolution von 1917. Mit diesen Entwicklungen öffnete das sowjetische Volk unter der Führung der von Lenin geleiteten Partei ein neues Kapitel in der Geschichte der Menschheit mit dem Sozialismus. Die Idee der Schaffung einer unabhängigen Arbeiterpartei wurde zuerst von Marx und Engels vorgebracht. Sie beschrieben 1847 die von ihnen gegründete "Kommunistische Liga" als eine "kleine, aber reine proletarische" Partei. Lenin bezeichnete die kommunistische Liga als das Kommunistische Manifest, das durch eine wissenschaftliche Untersuchung von Marx und Engels erstellt wurde, um die historische Rolle der politischen Partei des Proletariats, ihre ideologischen Prinzipien, kurzfristigen und letztendlichen Ziele festzulegen. Diese wichtige Theorie erklärte die Organisationsprinzipien der proletarischen Partei als demokratischen Zentralismus, Verantwortlichkeiten der gewählten Parteiorgane, kollektive Leitung der Partei, Kritik und Selbstkritik, Parteidisziplin und Prinzipien. Diese von Marx vorgestellte Idee wurde von Lenin weiterentwickelt und führte unter neuen historischen Bedingungen das russische Proletariat an die Macht, indem es auf wissenschaftliche Ebene gehoben wurde. Auf diesem wissenschaftlichen Weg schuf Lenin nach langen Kämpfen die revolutionäre sozialistische Partei, die es der Arbeiter*innenklasse ermöglichte, ihre Unabhängigkeit von allen Klassen und Vertreter*innen der Bourgeoisie durch eine objektive sozial-ökonomische Analyse, materialistische Philosophie und marxistische Lösungsansätze zu erreichen.

Dann schrieb der große Anführer Lenin 1894 sein Werk „Was sind die Volksfreunde und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?", um die Notwendigkeit der Vereinigung der zerstreuten revolutionären sozialistischen Organisationen Russlands unter einem einzigen Zentrum und einem einzigen Programm in einer Partei hervorzuheben. Ende 1897 schrieb er während seines Exils in Sibirien die Broschüre

„Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten", die eines der Hauptprogrammdokumente für die Gründung einer marxistischen Partei wurde. In diesem Werk fasste Lenin die Erfahrungen der Petersburger Kampfbund zur Befreiung der Arbeiter*innenklasse zusammen und konkretisierte das politische Programm und die Taktiken der russischen Sozialdemokrat*innen. Er wies darauf hin, dass die sozialistischen und demokratischen Aufgaben des revolutionären Kampfes untrennbar miteinander verbunden sind und nicht gegeneinander stehen dürfen. Lenin stellte auch die These auf, dass das Proletariat eine revolutionäre Theorie haben muss. In seinem 1902 erschienenen Buch „Was tun?" behandelte er dieses Thema ausführlich. In diesem Buch legte er die historische Rolle dar, die sozial bewussten Arbeiter*innen und allen Sozialdemokrat*innen bei der Organisation der Arbeiter*innenbewegung, der Stärkung der Verbindungen zwischen revolutionären Gruppen, der Beeinflussung der Arbeiter*innen durch Propaganda und Agitation und der Vereinigung der verstreuten Arbeiter*innenkreise und sozialdemokratischen Gruppen in einer einzigen sozialdemokratischen Arbeiter*innenpartei zukommt.

Während des Zweiten Kongresses der RSDLP im Jahr 1903 führte die Definition eines Parteimitglieds zur Trennung in die Bolschewiken und Menschewiken, was zur schädlichen Spaltung der Partei führte. Lenin kritisierte in seinem Werk „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück", dass die Menschewiken die opportunistischen Abweichungen in den sozialdemokratischen Parteien Europas widerspiegelten, die zu Kompromissen und Übereinkünften mit den liberalen und reformistischen Parteien der Bourgeoisie neigten. Besonders während und nach der Revolution von 1905 kämpfte Lenin unerbittlich gegen Revisionismus und alle Arten von Opportunismus und sah sie als Manifestationen der Einflüsse bürgerlicher und kleinbürgerlicher Interessen auf die revolutionäre Avantgarde. Nach Lenin war Opportunismus kein legitimer Teil der Arbeiter*innenbewegung, sondern eine schwächende, demoralisierende und reaktionäre Kraft, die die Arbeiter*innenklasse vom sozialen Revolutionsprogramm abbringen und sie der Bourgeoisie ausliefern wollte.

In Lenins Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" sowie in vielen anderen theoretischen Werken und Artikeln, die in Bänden gesammelt wurden, lieferte er eine umfassende Analyse der ökonomischen Essenz des Imperialismus, seiner Rolle in der Geschichte des Kapitalismus, des Wachstums des Opportunismus und der allgemeinen Degeneration der Zweiten Internationale angehörigen Arbeiter*innenorganisationen, sowie der Beziehung zur Entwicklung der weltweiten sozialistischen Revolution. Lenin schrieb in seiner Bewertung „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus" über die Ursachen und die Bedeutung des Ersten Weltkriegs:

„Der Imperialismus ist ein besonderes

historisches Stadium des Kapitalismus. Diese Besonderheit ist eine dreifache: der Imperialismus ist 1. monopolistischer Kapitalismus; 2. parasitärer oder faulender Kapitalismus; 3. sterbender Kapitalismus. Die Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol ist der ökonomische Grundzug, das Wesen des Imperialismus. Der Monopolismus tritt in fünf Hauptformen zutage:

1. Kartelle, Syndikate und Truste; die Konzentration der Produktion hat eine solche Stufe erreicht, daß sie diese monopolistischen Kapitalistenverbände hervorgebracht hat;

2. die Monopolstellung der Großbanken: drei bis fünf Riesenbanken beherrschen das ganze Wirtschaftsleben Amerikas, Frankreichs, Deutschlands;

3. die Besitzergreifung der Rohstoffquellen durch die Truste und die Finanzoligarchie (Finanzkapital ist das mit dem Bankkapital verschmolzene monopolistische Industriekapital);

4. die (ökonomische) Aufteilung der Welt durch internationale Kartelle hat begonnen. Solcher internationalen Kartelle, die den gesamten Weltmarkt beherrschen und ihn „gütlich“ unter sich teilen – solange er durch den Krieg nicht neu verteilt wird –, gibt es schon über hundert! Der Kapitalexport, als besonders charakteristische Erscheinung zum Unterschied vom Warenexport im nicht-monopolistischen Kapitalismus, steht in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und der politisch-territorialen Aufteilung der Welt;

5. die territoriale Aufteilung der Welt (Kolonien) ist abgeschlossen.” [Gesammelte Werke, Band 23, S. 102]

Zusammenfassend schrieb Lenin im Kampf um die Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins gegen diejenigen, die einen entscheidenden Kampf als unwichtig ansahen und stattdessen die spontane (das heißt ohne Intervention des Marxismus) Entwicklung des Bewusstseins und der Praxis der Arbeiter*innenklasse hochhielten:

„Da es nicht möglich ist, von einer unabhängigen, von den kämpfenden Massen selbst formulierten Ideologie zu sprechen, bleibt nur die Wahl zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Ideologie. Ein Mittelweg existiert nicht (denn die Menschheit hat keine ‘dritte’ Ideologie geschaffen; außerdem kann es in einer nach Klassen gespaltenen Gesellschaft keine klassenlose oder über klassige Ideologie geben). Deshalb bedeutet jede Herabwürdigung der sozialistischen Ideologie, jede noch so kleine Abweichung von ihr, eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie. Es wird viel von Spontaneität gesprochen. Aber die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung führt zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie.” [Gesammelte Werke, Band 5, S. 384]

In diesem Sinne bleibt Lenin, als die zweite Stufe des Marxismus, ein brillanter Denker und Anführer. Selbst 100 Jahre nach seinem Tod bleibt er ein Wegweiser für das Weltproletariat, für Frauen, Jugendliche und unterdrückte Völker.

Die Kurd*innen - Teil 1

Auch wenn die Herkunft des Volks der Kurd*innen nicht geklärt ist, so gehören die Kurd*innen jedoch sicher zu den ältesten Völkern des Mittleren Ostens. Erste Verweise auf ein protokurdisches Volk findet man bereits bei den Keilschriften der Assyrer*innen. Auch wenn es keine gesicherten Quellen gibt, gibt es die These, dass die Kurd*innen von den Medern oder den Skythen abstammen. Eine richtige Ethnogese ist jedoch kaum möglich, da sich durch die Jahrtausende hinweg die kurdischen Stämme mit verschiedenen Völkern mischten. Im Ursprung sind die Völker, ähnlich wie die Menschen des Irans, ein indogermanisches Volk. So sind die Sprachen Farsi, Kurmanci, sowie Deutsch und Englisch zum Beispiel eng verwandt. Besonders deutlich wird es bei dem Wort „Erde“ oder „Honig“, auf Kurmanci „Erd“ und „Hingiv“. Die Verwandtschaft des Englischen, Deutschen und Farsi wird besonders bei dem Wort „Tochter“ deutlich. Auf Englisch kennen wir es als „daughter“. Es hat seinen Ursprung im persischen (Farsi) „dokhtar“ (gesprochen „dochtar“), was so viel wie „Mädchen“ heißt. Entgegen des weitverbreiteten Irrtums gibt es zum Türkischen oder den Turkvölkern weder eine ethnische noch eine linguistische Nähe. Die Turkvölker entstammen der zentralasiatischen Steppe und waren ursprünglich nomadische Völker. Bis zu den Seldschuken gab es keine nennenswerte Menge an Turkvölkern in der heutigen Türkei.

Diese Turkvölker gingen aus verschiedenen oghusischen Clans hervor. So ist auf Grund der historischen Expansion der Turkvölker das Finnische und das Ungarische näher mit dem Türkischen verwandt als das Kurdische.

Während Finnisch, Türkisch und Ungarzu den uralischen Sprachen gehören, weisen Türkisch und Kurdisch keinen linguistischen Verwandtschaften auf. Einzelne Vokabeln wie zum Beispiel das kurdische Wort „qîz“ (Mädchen/Tochter) oder Vokabeln, die die Osmanen aus dem persischen Übernommen haben, oder die aus dem Arabischen stammen, sind lediglich auf die geografische Nähe zurückzuführen oder auf die Tatsache, dass Persisch unter den Osmanen die Hofsprache und die Sprache des Adels war. Ähnlich wie das Französische in Europa.

Die Kurd*innen im 20. Jahrhundert und der Konflikt mit der Türkei

Das kurdische Siedlungsgebiet, das die Türkei, den Iran, Irak und Syrien umfasst, ist also seit Jahrtausenden das historische Gebiet, in denen die kurdischen und protokurdischen Völker leben, aus dem sich jedoch nie ein Nationalstaat gebildet hat. Dies ist auf den späten Zerfall der feudalen Strukturen des osmanischen Reichs nach dem Ersten Imperialistischen Verteilungskrieg, der daraus resultierenden Besetzung der heutigen Türkei und des restlichen ehemaligen osmanischen Reichs durch Frankreich und England zurückzuführen.

Diese Besetzung der Türkei hatte den türkischen Unabhängigkeitskrieg zur Folge. Die Türk*innen begehrten unter dem nationalistischen Führer und ehemaligen osmanischen General Mustafa Kemal Pasa (Atatürk) auf. Atatürk warb beim kurdischen Volk um Verbündete und Unterstützung für ihren Unabhängigkeitskrieg. Die kurdischen Emire hielten es für unehrenhaft, ihren muslimischen Glaubensbrüdern in den Rücken zufallen und sahen zudem, dass Atatürk ihnen dieselben territorialen Versprechen wie Frankreich und England machte. Im Gegenzug für ihre Hilfe sollten

die Kurd*innen also nach dem gewonnenen Krieg ihr eigenes Land zur Staatenbildung bekommen. Dieses Versprechen wurde jedoch nie eingelöst. Mit dem Sieg der Türk*innen über England und Frankreich wurde der Vertrag von Lausanne ratifiziert, der das kurdische Volk komplett ignorierte und dem armenischen Volk nach dem Völkermord durch die Osmanen nun auch noch Land genommen hatte.

Bestärkt durch ihren Sieg begann nun Atatürk seine Ideologie des Kemalismus durchzusetzen. Eine Ideologie, die später richtigerweise durch den Gründer der TKP/ML (heute TKP-ML) Ibrahim Kaypakkaya als faschistisch bewertet wurde. Der Kemalismus propagiert einen fanatischen türkischen Nationalismus und die Assimilierung aller nicht türkischen Völker und Sprachen. Insgesamt leben auf den Gebieten der heutigen Türkei 51 Ethnien mit ihren verschiedenen Sprachen und Kulturen. Die ersten Opfer nach dem Genozid an den Armenier*innen im Osmanischen Reich waren die Pontos Griech*innen. Der Genozid an ihnen begann im Osmanischen Reich und reichte bis in das Jahr 1923, also bis zur Staatengründung. Bis zu 360.000 Pontos-Griech*innen wurden erst von osmanischen, dann von Atatürks Truppen ermordet und vertrieben. Nach der Staatsgründung der Türkei mussten die verbliebenen Pontos-Griech*innen fliehen, um nicht der nächsten ethnischen Säuberung zum Opfer zufallen.

Mit der Staatsgründung begann sofort die Assimilierung aller „nichttürkischen“ Kulturen und Ethnien. Hier sieht man schon den Irrsinn dieser nationalistischen Idee Atatürks, denn unabhängig von dieser faschistoiden Ausmerzung allen „nichttürkischen”, war selbst der Großteil derjenigen, wie Atatürk selbst zum Beispiel, die sich als Türk*innen sahen, soweit weg von ethnischen „Türken“ wie Kurd*innen, Griech*innen oder Armenier*innen. Wie bereits erwähnt, waren die „Türken“ ein zentralasiatisches Steppenvolk mit entsprechender Ethnogenese. Sie vermischten sich massiv mit den Völkern Anatoliens, des Kaukasus und Mesopotamiens. Und das in einem Ausmaß, dass es kaum noch einen nennenswerten Anteil „echt“ ethnischer Türk*innen in der Türkei gibt. Das heutige Türkentum beruht in vielen Teilen auf kultureller Assimilation und der Aneignung kultureller Bräuche der Völker, die bereits dort ansässig waren.

In den Jahre 1925 bis 1930 kam es zu drei Aufständen gegen die türkischen Repressionen. Waren sich beim Scheich-Said-Aufstand von 1924 die Kurd*innen noch nicht einig, da es sich hier um einen religiösen Aufstand der sunnitischen Kurd*innen handelte, ändert sich das bei den folgenden Aufständen. Nach dem Scheich-Said-Aufstand wurden viele Kurd*innen ohne Gerichtsprozess ermordet und tausende wurden deportiert. Die kurdischen Sprachen wurden dann 1925 verboten und die Repressionen wurden noch stärker. Die drei Ararat-Aufstände begannen. Der letzte der drei dann 1930. Dort kam es dann auch zum ersten großen ethnischen Massaker an den Kurd*innen, dem Zilan-Massaker. 44 Dörfer wurden niedergebrannt, die Dorfbewohner*innen aneinandergebunden und mit Maschinengewehrsalven ermordet. Berichten zur Folge war der Fluss Zîlan bis zur Mündung mit Leichen gefüllt. Die Anzahl der Opfer variiert nach Quelle stark. Die kemalistische Zeitung Cumhuriyet (Republik) berichtete von 15.000 Toten. Andere Quellen von 47.000, wieder andere „lediglich“ von 4.500 Toten.

In den folgenden Jahren verstärkte die

Türkei in den kurdischen Gebieten ihre Assimilationsbestrebungen. Besonders in der Region Dersîm. Im Jahre 1934 wurden Gesetze zur „Turkisierung“ erlassen und die Region Dersîm war die erste Region, die unter dieses Gesetz fiel. Diesem Gesetz nach gab es drei Arten von Regionen. Regionen, in denen Türk*innen angesiedelt werden sollten, um die Bevölkerung so zu assimilieren. Regionen, die der „türkischen Kultur angeglichen“ werden sollten und Regionen, die entvölkert werden sollten oder auch „Regionen, die unter anderem aus Gründen der Kultur, Politik, des Militärs und der Ordnung entvölkert werden sollen und in denen Ansiedlung und Wohnen verboten sind.“ Dersîm gehörte zur letzten Art von Region. 1936 setzte das Atatürk-Regime dort eine Militärregierung ein, die gegen die Kurd*innen repressiv vorging. Im Jahr 1938 kam es dann zum Dersîm-Aufstand. Die türkische Armee schlug diesen brutal nieder. Es wurde auch Giftgas eingesetzt, um die Menschen zu massakrieren. Die Adoptivtochter Atatürks Sabiha Gökçen war als „erste Kampfpilotin der Welt“ (so von der Grünen Jugend bejubelt) an diesen Massakern beteiligt. Ein Istanbuler Flughafen ist heute nach ihr benannt. Tausende Kurd*innen starben oder wurden später hingerichtet. Bis zu 50.000 Kurd*innen wurden deportiert. Die Bewertungen dieser Massaker schwanken zwischen Ethnozid und Genozid. Wobei westliche Wissenschaftler*innen hier eher von einem Ethnozid sprechen und kurdische von einem Genozid.

Der antikurdische Rassismus in der Türkei schwelte, die Kurd*innen wurden vielerorts zwangsassimiliert und es kam immer wieder zu massiven Übergriffen durch türkische Faschisten, der Polizei oder dem Militär auf Kurd*innen. Wobei hier auch klar gesagt werden muss, dass die Schnittmenge zwischen Faschisten und Sicherheitsbehörden in der Türkei exorbitant ist und hier nur zum besseren Verständnis erklärt wird, dass es vom Staat, wie auch von der rassistisch aufgepeitschten Bevölkerung, zu Übergriffen kam.

In der nächsten Ausgabe folgt Die Kurd*innen Teil 2.



Massaker und Vertreibung an den Kurd*innen aus Dersim vom faschistischen türkischen Staat.

Nach Leid und Massakern wird die Sonne für Palästina wieder aufgehen!

Am 7. Oktober 2023 starteten mehrere palästinensische Organisationen eine Operation namens „Al-Aqsa-Flut“ gegen israelische Städte. Mehr als tausend Menschen, darunter auch Zivilist*innen, wurden bei diesem Angriff getötet. Als Reaktion auf diesen Angriff intensivierte der zionistische Staat Israel seine langjährigen Angriffe auf Palästina und startete eine große Operation in Gaza. Bislang wurde bei den anhaltenden Angriffen bekannt gegeben, dass mehr als 20.000 Menschen ums Leben gekommen sind, darunter mindestens 8.000 Kinder und 6.000 Frauen. Die Tatsache, dass die meisten Opfer Zivilist*innen sind, zeigt eindeutig, dass die Angriffe nicht gegen die Hamas gerichtet sind, sondern ein Völkermord gegen das palästinensische Volk darstellen. Die Operation vom 7. Oktober hat gezeigt, dass der seit 1948 andauernde Krieg sowohl politisch als auch militärisch eine neue Dimension erreicht hat. Zweifellos wird es in naher Zukunft wichtige Entwicklungen sowohl auf israelischer als auch auf palästinensischer Seite geben.

Die nach dem Anschlag vom 7. Oktober aufgekommenen Debatten dauern an. Insbesondere der Versuch, den Krieg als einen zwischen Israel und der Hamas zu inszenieren, ist ein offensichtlicher Versuch, den Kampf des palästinensischen Volkes auf eine religiöse Auseinandersetzung zu reduzieren. Angesichts der zunehmenden Islamophobie in jüngster Zeit würde die Behandlung der Palästina-Frage auf diese Weise zugunsten des Besatzerstaates Israel sein. Wenn man die Diskussionen vom 7. Oktober aufgreift und sie unter Ausblendung der 75-jährigen Geschichte des Krieges bewertet, wird jeder Gedanke zu einer falschen Schlussfolgerung führen. Natürlich werden diese Debatten auch innerhalb der Linken und der progressiven Kräfte geführt. Innerhalb der Linken herrscht eine große Verwirrung über die palästinensische Frage. Diese Verwirrung steht offensichtlich im Zusammenhang mit der Unfähigkeit, sich von den Diskussionen zu lösen, die von den Herrschenden angestrebt werden.

In diesem Artikel werden wir als YDG - Neue Demokratische Jugend versuchen, unsere Sichtweise auf die palästinensische Frage darzulegen. Wir werden auch unsere Haltung zu nationalen Kämpfen und gerechten oder ungerechten Kriegen im Zusammenhang mit der palästinensischen Frage darlegen.

Der Beginn eines großen 75-jährigen Krieges – ein kurzer Einblick in die Geschichte Palästinas

Wie wir bereits erwähnt haben, würde die Reduzierung der palästinensischen Frage auf den 07. Oktober zu einer falschen Einschätzung führen. Insbesondere mit der Gründung des Staates Israel wurde in der Region ein jahrelang unlösbares Problem von den Imperialisten geschaffen. Vor der Gründung des Staates Israel stand die Region unter der Herrschaft des Osmanischen Reiches. Der Ausgang des Ersten Imperialistischen Verteilungskrieges mit dem Sieg über das Osmanische Reich und die Unabhängigkeitserklärungen vieler Völker gegen das Osmanische Reich veränderten die Machtverhältnisse in der Region. Mit Unterstützung der Briten rebellierten die Araber*innen in der Region gegen das Osmanische Reich und gerieten unter britische Kontrolle. Nach dem Ende des Osmanischen Reiches versprachen die Briten den Menschen in der Region

die Schaffung eines arabischen Staates, woraufhin die Region lange Zeit unter britischer Kolonialherrschaft stand. Auch in dieser Zeit gab es in der Welt ein ernstes Problem des Antisemitismus. Das jüdische Volk war Massakern und Unterdrückung ausgesetzt, wo immer es sich aufhielt. Insbesondere in Osteuropa war die Situation für das jüdische Volk noch schlimmer.

Zu dieser Zeit begann auch die Idee des Zionismus unter den Jüd*innen lauter zu werden. Insbesondere in Frankreich führte die Dreyfus-Affäre dazu, dass die Idee der Gründung eines Staates für Jüd*innen schärfer wurde. Die Dreyfus-Affäre entstand als Folge der Niederlage Frankreichs gegen Deutschland, bei der behauptet wurde, dass der französisch-jüdische Oberst Alfred Dreyfus dafür verantwortlich sei. Theodor Herzl, der die antisemitischen Anschuldigungen während des Gerichtsverfahrens miterlebte, begann daraufhin zu glauben, dass es an der Zeit sei, dass Jüd*innen einen eigenen Staat gründen. Herzl, der als erster den Ersten Zionistischen Weltkongress in Basel einberief, ging mit seiner Arbeit in den folgenden Perioden als Begründer des modernen Zionismus in die Geschichte ein.

Die intensivste Debatte in dieser Zeit war die Frage, wo der jüdische Staat gegründet werden sollte. Als Ergebnis der Diskussionen wurde beschlossen, einen Staat in der Region Kanaan zu gründen, die Gott den Jüd*innen genannt haben soll und das heutige Gebiet Palästinas ist. Anfangs kauften Zionist*innen Land in Palästina und ließen sich dort nieder, aber im Laufe der Zeit begannen sie, ihr Territorium in der Region zu erweitern. Die Zionist*innen, die mit dem Verständnis „Ein Volk ohne Land, ein Land ohne Volk“ versuchten, ihre Macht zu stärken, indem sie die Menschen in der Region ignorierten, waren zu Beginn noch nicht an dem Punkt, den sie in Bezug auf die Bevölkerungszahl anstrebten. Die Briten, die die Region beherrschten, ließen praktisch alle politischen Maßnahmen der Zionist*innen zu und ebneten so den Weg für die Gründung eines zionistischen Staates.

Die Nichterfüllung des Versprechens durch die Briten und die Stärkung der Zionist*innen durch den Erwerb von Land in der Region begann Unruhe unter dem arabischen Volk zu schüren. Im Laufe der Zeit begannen ernsthafte Konflikte zwischen den Bewohner*innen der Region und den Zionist*innen auszubrechen. Die Briten spielten ein doppeltes Spiel: Sie wollten ihre Herrschaft in der Region aufrechterhalten und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen der Region kontrollieren. Aufgrund der allmählichen Zunahme der Konflikte waren die Briten jedoch nicht in der Lage, einzugreifen. Im Laufe der Jahre kamen immer mehr Jüd*innen in die Region. Besonders während des Zweiten Imperialistischen Verteilungskrieges und dem Völkermord an Jüd*innen strömten Jüd*innen aus der ganzen Welt nach Palästina. Die Zionist*innen sahen dies als eine große Chance in Bezug auf die Bevölkerung und begannen Verträge mit Staaten zu schließen, um Jüd*innen aus der ganzen Welt in dieses Land zu bringen. Zu dieser Zeit machten die Jüd*innen ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus und besaßen nur 6 % des Landes. Als die Briten erkannten, dass das Problem nicht mehr gelöst werden konnte, wandten sie sich an die Vereinten Nationen. Die UN setzte einen Sonderausschuss ein. Die von diesem Ausschuss getroffene Entscheidung war die Initialzündung für einen jahrelangen Krieg im Mittleren Osten. Es wurde beschlossen, dass 43 % des Landes an die arabische Mehrheitsbevölkerung und 57 % an die Jüd*innen, die ein Drittel

der Bevölkerung ausmachten, zu vergeben. Für Jerusalem, das für drei Religionen als heilig gilt, wurde die Einrichtung einer internationalen Verwaltung beschlossen. Obwohl die arabische Bevölkerung gegen diese Entscheidung war, wurde sie von der UN-Generalversammlung angenommen.

Nachdem die Briten ein großes Problem geschaffen hatten, verließen sie das Gebiet Palästina. Kurz darauf verkündete Israel am 14. Mai 1948 seine Gründung. Dieses Datum ging als Beginn eines 75 Jahre dauernden großen Krieges in die Geschichte ein. Seit 1948 herrschen in der Region jeden Tag Krieg und Tod. Die Angriffe auf das arabische Volk, das sich gegen die Gründung des Staates Israel stellte, begannen an diesem Tag. Im April 1948, nur wenige Wochen vor der Gründung des Staates Israel, griffen die zionistischen Milizen Irgun und Lechi das Dorf Deir Yasin an und töteten mindestens 107 Palästinenser*innen. Nach der Gründung des Staates Israel setzten sich diese Massaker fort. Fast 100 Tausend Palästinenser*innen mussten ihr Land verlassen. Der Prozess, den die Palästinenser*innen als Erste Nakba bezeichnen, umfasste diese Angriffe. Seitdem ist das palästinensische Volk jeden Tag mit Massakern und Angriffen konfrontiert. Laut Daten von 2022 gibt es weltweit etwa 14,3 Millionen Palästinenser*innen. Von diesen leben nur 5,35 Millionen in den palästinensischen Gebieten. Etwa 6 Millionen haben den Status von „Geflüchteten". Während bestimmter Phasen des 75-jährigen Krieges führten Organisationen mit marxistisch-leninistischer Ideologie, zu anderen Zeiten eher säkulare Organisationen und derzeit religiöse Bewegungen den palästinensischen Nationalkampf an.

Den Imperialismus verstehen: In wessen Tradition war und ist der Antisemitismus vorhanden?

Der 75-jährige Krieg zwischen Palästina und Israel hat mit dem Anschlag vom 7. Oktober einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Massen, die überall auf der Welt auf die Straße gehen, haben gezeigt, dass sie auf der Seite des palästinensischen Volkes gegen die Staaten stehen, die sich hinter den Staat Israel stellen. Diese Haltung der Völker der Welt hat die imperialistischen Staaten in ernste Schwierigkeiten gebracht. Zweifelsohne ist es das imperialistische System selbst, das diesen 75-jährigen Krieg verursacht hat. Eine der am häufigsten angewandten Praktiken des Imperialismus besteht darin, in den Regionen, die er beherrschen will, Unruhe zu stiften und eine Methode anzuwenden, die die in der Region lebenden Völker gegeneinander ausspielt. Die Politik des Teile-und-Herrsche wird heute in den palästinensischen Gebieten angewendet, weshalb die Bewohner*innen der Region seit 75 Jahren täglich Massakern und Angriffen ausgesetzt sind. Besonders wenn wir bedenken, dass der Mittlere Osten sehr reich an natürlichen Ressourcen ist, wird der wahre Grund für diesen Krieg deutlich.

Die Behauptungen der Imperialisten, insbesondere der Staaten wie Deutschland, die angeblich das jüdische Volk schützen und sich dem Antisemitismus entgegenstellen, sind eine große Lüge. In jeder Epoche der Geschichte haben sie die größten Massaker an der jüdischen Bevölkerung begangen und sie bei jeder kleinsten Krise zum Ziel gemacht.Der Glaube, dass eine Denkweise, die für den Tod von 6 Millionen Jüd*innen in Europa verantwortlich ist, Jüd*innen in Ghettos in Europa platziert hat und isolationspolitische Maßnahmen durchgeführt hat, sie nun in umgekehrter Form schützen soll, ist nicht nur gefährlich sondern unmenschlich. Die Herrschenden

haben die Gründung des Staates Israel nicht unterstützt, um den Jüd*innen ein freies Leben zu ermöglichen, sondern um Instabilität in der Region zu schaffen. Auch alle von ihnen vorgeschlagenen Lösungen für die Region haben nur dazu beigetragen, den Krieg zu vertiefen. Die Ereignisse nach dem Beschluss der Vereinten Nationen im Jahr 1947 belegen dies.

Jede Entscheidung, die die Forderungen des palästinensischen Volkes ignoriert, führt zur Unlösbarkeit. Ein Volk zu ignorieren, das seit 75 Jahren Massakern, Angriffen und erzwungenen Vertreibungen ausgesetzt ist, dient nur der Unlösbarkeit. In diesem Sinne ist die einzige Lösung des Problems in Palästina die Errichtung eines freien, demokratischen palästinensischen Staates, in dem alle Glaubensrichtungen gleichermaßen vertreten sind. Die Beendigung dieses Krieges ist nur durch eine gemeinsame Lösung der Völker der Region möglich. An dieser Stelle tragen die revolutionären und fortschrittlichen Kräfte eine große Verantwortung. Während revolutionäre, demokratische und progressive Kräfte gegen alle anti-palästinensischen Ansichten kämpfen, müssen sie auch gegen alle Ansichten kämpfen, die mit „Ich unterstütze Palästina, aber…“ beginnen. In diesem Krieg, in dem das unterdrückte Volk Palästinas von den Herrschenden systematisch seiner Rechte beraubt wird, wäre es falsch, sich mit Zurückhaltung für Palästina einzusetzen. Es ist sowohl moralisch als auch ideologisch richtig, heute Palästina, das von allen Völkern der Welt unterstützt wird und von den Imperialisten offen unterstützte Israel gegenübersteht, offen zu verteidigen.

In diesem Sinne sollten wir den seit 75 Jahren andauernden Kampf des palästinensischen Volkes mit einem internationalistischen Verständnis verteidigen. Wir werden uns den Imperialisten entgegenstellen und dem palästinensischen Volk beistehen, genauso wie wir an der Seite des kurdischen Volkes in Rojava stehen. Unsere Haltung spielt eine wichtige Rolle dabei, unsere Sichtweise auf gerechte und ungerechte Kriege klar zu zeigen. Besonders in letzter Zeit erleben wir eine Zunahme imperialistischer Kriege. In dieser Phase haben alle Bewertungen historische Bedeutung. Die Angriffe des türkischen Staates auf Rojava, die Besatzung der Ukraine durch Russland und schließlich die palästinensische Frage sind wichtige Entwicklungen aus der Sicht revolutionärer, demokratischer und progressiver Kräfte. In dieser Zeit der ideologischen Brüche wird die konkrete Analyse der konkreten Situation unsere Politik in der kommenden Periode stark beeinflussen. Kriege wie der im Jahr 2011 in Syrien begonnene Krieg und die Besatzung der Ukraine durch Russland resultieren aus den inneren Konflikten zweier imperialistischer Blöcke. In diesen Kriegen ist es richtig, einen dritten Weg zu verteidigen, die den gemeinsamen Kampf der Völker stärkt. Wenn wir uns diese Kriege anschauen, sehen wir, dass die beiden imperialistischen Blöcke den Völkern der Welt nur Tod und Krieg gebracht haben. Dagegen ist in Rojava ein System entstanden, das eine Alternative zu den beiden imperialistischen Blöcken darstellt. Es war und ist im Interesse aller Völker, den Kampf in Rojava zu unterstützen und zu entwickeln. Die Situation und die Bedingungen des Krieges in Palästina sind jedoch anders. In Palästina gibt es jenseits des Krieges der beiden imperialistischen Blöcke den Kampf des palästinensischen Volkes gegen den israelischen Besatzungsstaat. In diesem Sinne ist der Diskurs über einen dritten Weg nicht richtig. Die Haltung, die hier eingenommen werden muss, sollte auf der Seite des palästinensischen Volkes sein,

das sich gegen einen Besatzungsstaat

wehrt und dem sein Land weggenommen wird. Heute ist die Unterstützung des Kampfes des palästinensischen Volkes zu einer Form des Widerstands gegen das imperialistische System geworden.

Der Hauptwiderspruch des palästinensischen Volkes und die Rolle der Hamas

Eine der Debatten, die nach dem 7. Oktober aufgekommen sind, betrifft die Position der Hamas, eines der Subjekte des heutigen palästinensischen Widerstandes. In diesen Diskussionen wurden ernsthafte problematische Ansätze in Bezug auf die Sichtweisen auf den nationalen Befreiungskampf, insbesondere im Zusammenhang mit der Hamas, deutlich. In letzter Zeit hat die Reduzierung des palästinensischen Widerstandes auf die Hamas, also auf eine religiöse Kampfauffassung, innerhalb der linken Kräfte zu erheblicher Verwirrung geführt. Die ständige Behauptung der herrschenden Kräfte, dass der Krieg zwischen Israel und der Hamas stattfinde, spiegelt die zunehmende Islamfeindlichkeit in der jüngsten Zeit wider. Mit dieser Methode wird versucht, die Legitimität des Kampfes zu beseitigen, indem Widersprüche bei denjenigen geschaffen werden, die sich den palästinensischen Kampf zu eigen machen.

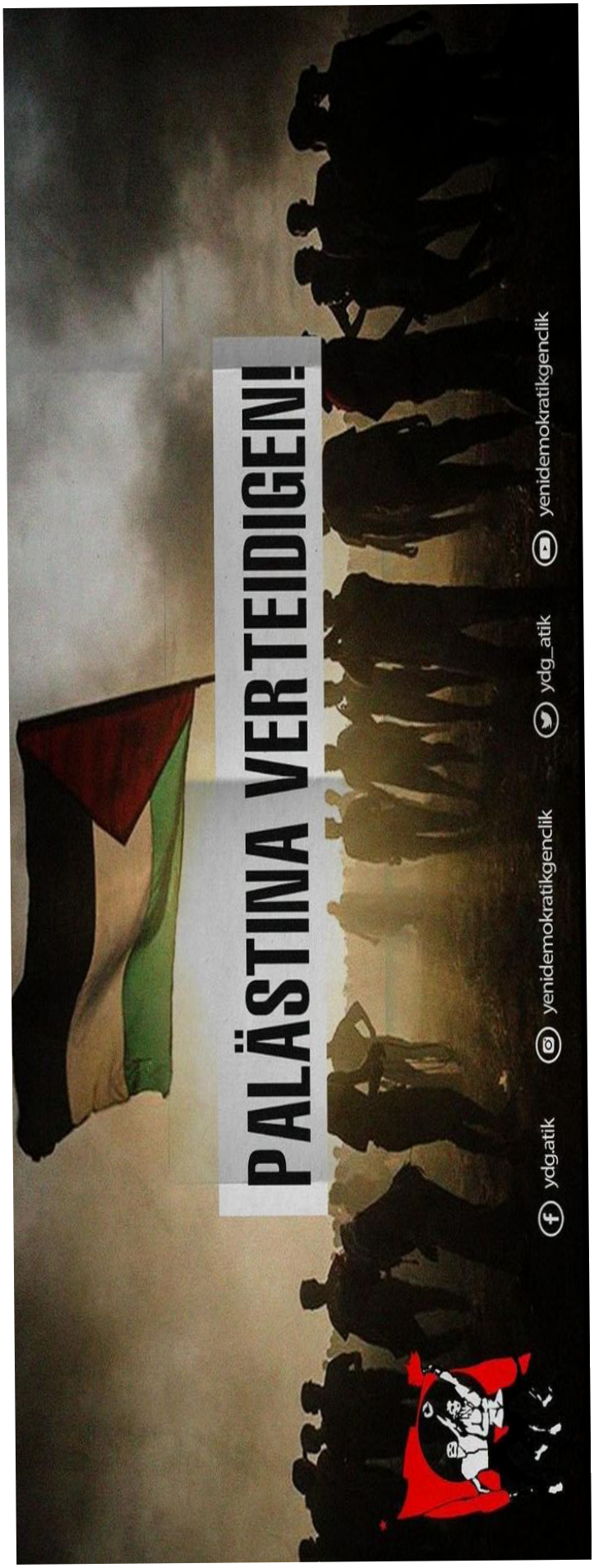
Zunächst einmal ist festzustellen, dass jede Idee, die das Problem auf die Hamas reduziert, Probleme bei der Unterstützung des Kampfes des palästinensischen Volkes haben wird. Wenn wir uns den 75-jährigen nationalen Befreiungskampf der Palästinenser*innen ansehen, stellen wir fest, dass er in jeder Periode von unterschiedlichen ideologischen Subjekten geführt wurde. In einigen Perioden führten Organisationen, die sozialistischen Ansichten näherstanden, den Kampf an, während in anderen Perioden liberalere Organisationen ihn anführten. Heute wird es von der Hamas, einer religiösen Organisation, geführt. Diese Situation zeigt also nur eine Realität: Das erste Ziel des palästinensischen Volkes ist der Kampf für ein freies Palästina. Dieses Ziel ist durchaus normal für ein Volk, das seit Jahren von den Kindern bis zu alten Menschen massakriert, gewaltsam aus seinem Lebensraum vertrieben und täglich gefoltert wird. Natürlich muss betont werden, dass die Hamas eine reaktionäre Organisation ist. Es gab Zeiten, in denen Organisationen wie die Hamas dem palästinensischen Widerstand schweren Schaden zugefügt haben. Dies stellt jedoch keine Situation dar, die die Legitimität des Kampfes des palästinensischen Volkes infrage stellen würde.

Innerhalb nationaler Bewegungen können sowohl reaktionäre als auch progressive Organisationen existieren, wofür es zahlreiche Beispiele in der Geschichte gibt. Bei der Bewertung des Kampfes ist es daher genauer und richtiger, ihn von diesem Gesichtspunkt aus zu betrachten. An diesem Punkt liegt der Großteil der Verantwortung beim palästinensischen Volk. Sowohl einen nationalen Befreiungskampf zu führen als auch gegen alle reaktionären Ansichten zu kämpfen, ist zwar anspruchsvoll, aber der richtige Weg. Zweifellos zeigt die Erfahrung des palästinensischen Volkes, dass es über diese Fähigkeit verfügt. In diesem Sinne bedeutet die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der palästinensischen Nation, gemeinsam mit ihnen zu kämpfen. Revolutionäre, demokratische und progressive Kräfte sollten in diesem Kampf die richtige Haltung einnehmen, indem sie eine lernende und lehrende Perspektive haben.

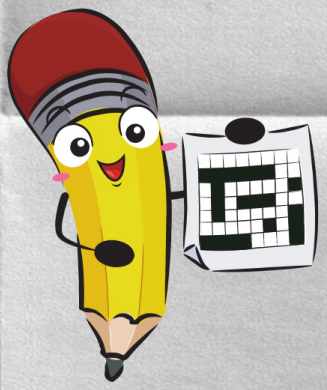
Die Einheit des Kampfes der Völker wird euer reaktionäres System zerstören!

Mit diesem Artikel haben wir versucht, die Perspektive der YDG - Neuen Demokratischen Jugend zum palästinensischen Kampf zu veranschaulichen. Zweifellos werden diese Diskussionen noch lange andauern. Die Umsetzung aller theoretischen Festlegungen in die Praxis wird unsere Bewertungen präziser machen. Die beste Antwort auf die Versuche der imperialistischen Staaten, Verwirrung zu stiften, indem sie uns in ihren eigenen Debatten gefangen halten, wird sein, Schulter an Schulter mit dem palästinensischen Volk auf der Straße zu stehen. Die Unterdrückung der Palästinenser*innen und der Organisationen, die sich mit Palästina solidarisch zeigen, hat in letzter Zeit nur eine Realität gezeigt. Und die ist, dass der Kampf des palästinensischen Volkes gerecht und legitim ist. Wie bereits gesagt, können die Imperialisten, die die palästinensische Frage geschaffen haben, dieses Problem nicht lösen.

Diese Frage kann nicht ohne einen gemeinsamen Kampf der Völker gelöst werden. Deshalb ist es wichtig, dass alle Völker von Palästina bis Kurdistan den Kampf gegen den Imperialismus auf eine gemeinsame Grundlage stellen. Schließlich haben die Herrschenden, die jeden, der Palästina verteidigt, als antisemitisch brandmarken, kein Interesse daran, das jüdische Volk zu verteidigen. Wir haben nur ein Wort an alle Imperialisten zu richten, allen voran an den deutschen Staat, die meinen, sie könnten den Völkermord, den sie in der Vergangenheit begangen haben, durch das Massakrieren eines anderen Volkes verbergen: Die Einheit des Kampfes der Völker wird euer reaktionäres System zerstören! Heute hat Palästina das Feuer dieses Kampfes verstärkt. Heute durchlebt das palästinensische Volk die Schmerzen der Tage, an denen ihr Kampf siegen wird. Aber früher oder später „wird aus Leid und Massakern die Sonne für Palästina wieder aufgehen!“



KREUZWORTRÄTSEL



1. Welche Kriege unterstützen wir?
2. Wir unterstützen gerechte Kriege von welchen Völkern?
3. Krieg wird von den Imperialisten mitunter für was genutzt?
4. Free?
5. Biji?
6. Mit welchem Totschlagargument sind Revolutionär*innen immer konfrontiert, wenn es um Solidarität mit Palästina geht?
7. In wessen Tradition liegt der Antisemitismus?
8. Was unterstützt den Imperialismus dabei, die Palästina Frage auf eine zwischen Israel und der Hamas zu reduzieren?
9. Als Vertreter welcher Ideologie ging Herzl in die moderne Geschichte ein?
10. Welcher Begriff beschreibt die extremste Form von Gewalt gegenüber Frauen?
11. Wie nennt man das System, in dem Männer eine dominierende Rolle in politischer, wirtschaftlicher, sozialer und familiärer Hinsicht einnehmen?

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13

EHRENMITGLIEDER DER YDG


YETİŞ YALNIZ


CEREN AYFER KARATEPE


HAKAN KARABULUT


EREN KAYA


BARIŞ ASLAN


KENAN GÜZEL


YURDAL YILDIRIM


KENAN DEMİR


ALİ İHSAN ÖZKAN


CAFER KARA


SELVER BALKIR

Barbara Anna Kistler

Unsterblich geworden am 07 Februar 1993



Neue Demokratische Jugend

Nieuwe Democratische Jongeren | New Democratic Youth
Nouvelle Jeunesse Dèemocratique | Ciwanên Demokratên Nû



ydg.atik yenidemokratikgenclik ydg_atik yenidemokratikgenclik